

Projekt Fachhochschule Rheine

Aktueller Sachstand für eine Berichterstattung im Rat der Stadt Rheine unter TOP „Informationen“ am 28.10.2008

1. Aktuelle Beschlusslage:

In der letzten öffentlichen Ratssitzung wurde der TOP

- 5. Projekt Fachhochschule Rheine**
- **Beteiligung an der Gründungsgesellschaft**
- **Entsendung von Vertretern/Vertreterinnen in die Gesellschafterversammlung**
Vorlage: 329/08/1

und im nichtöffentlichen Teil der TOP

- 19. Projekt Fachhochschule Rheine - Vertragswerke**
Vorlage: 332/08/2

beraten und beschlossen, und zwar vorbehaltlich der Zustimmung der Landesregierung.

Der Kreisausschuss des Kreises Steinfurt hat vergleichbare Beschlüsse gefasst.

2. Stellungnahme der Bezirksregierung:

Mit Schreiben vom 08.10.2008 gibt die Bezirksregierung eine kommunalaufsichtliche Stellungnahme ab und kommt zu folgendem Ergebnis:

Eine Beteiligung des Kreises Steinfurt und der Stadt Rheine an der neu zu gründenden gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung „Private Fachhochschule Rheine für Gesundheit – Technik – Wirtschaft GmbH“ (Mathias FH Rheine) ist unzulässig.

Folgende wesentliche Gründe werden benannt:

1. Der Bereich der Hochschulbildung ist keine kommunale Aufgabe, sondern primär den Ländern vorbehaltene staatliche Aufgabe.

2. Kommunen sind keine „privaten Träger“ im Sinne de Hochschulrechts.
3. Es liegt eine Unvereinbarkeit zweier Selbstverwaltungskörperschaften vor (Hochschulen sind nach dem Hochschulrecht als Selbstverwaltungskörperschaften anzusehen. Die kommunale Ebene kann als Selbstverwaltungskörperschaft nicht zugleich (Mit-)Träger einer anderen Selbstverwaltungskörperschaft – hier der Hochschule – sein).

Die Bezirksregierung machte deutlich, dass mit der Ablehnung einer kommunalen Beteiligung an der Träger-GmbH einer Fachhochschule keine Entscheidung über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von Unterstützungsformen für die private Fachhochschule unterhalb der Schwelle der Beteiligung an der GmbH verbunden sei.

Daher wurde das Angebot unterbreitet, in einem Gespräch geeignete Unterstützungsformen unterhalb der Schwelle der Beteiligung zu erörtern.

3. Ergebnisse des Erörterungstermins bei der Bezirksregierung:

Am 20. Oktober 2008 hat das Gespräch mit der Bezirksregierung Münster stattgefunden.

Teilnehmer/innen waren Vertreter/innen der Bezirksregierung (Dezernate Kommunalaufsicht, Stiftungsaufsicht, öffentl. Gesundheit und Wirtschaft), des Kreises Steinfurt (Kämmerei und Wirtschaftsförderung), der Mathias-Stiftung und der Stadt Rheine (EWG und Projektmanagement).

Ziel des Gesprächs war die Suche nach Lösungen, um das Interesse der Kommunen durch ideelle und finanzielle Förderung zu dokumentieren.

Nach einer eingehenden Sachdarstellung durch die Mathias-Stiftung und eine folgende intensive Diskussion ist als Ergebnis des Gesprächs folgendes festzuhalten:

1. Die Vertreter der Bezirksregierung wiederholen ihre negative Beurteilung der Beteiligungsabsicht des Kreises und der Stadt aus den im Schreiben vom 08.10.2008 schriftlich dargelegten rechtlichen Gründen.
2. Die Bezirksregierung unterstützt ausdrücklich die Ziele der Gründung einer privaten FH (siehe Aussagen des Regionalrates) und trägt diese mit.
3. Die Vertreter der Bezirksregierung bekräftigen ihre Absicht, Lösungen der Förderung der Fachhochschule zu unterstützen, die außerhalb einer Gesellschaftsbeteiligung des Kreises Steinfurt und der Stadt Rheine liegen.
4. Die Vertreter der Bezirksregierung stellen fest, dass die Mathias-Stiftung die Voranfrage an das Wissenschaftsministerium ohne eine Beteiligung der beiden Kommunen gestellt hat. Die Bezirksregierung geht daher davon aus, dass eine direkte Gesellschaftsbeteiligung nicht mehr vorgesehen ist.
5. Die Vertreter der Bezirksregierung sehen keine rechtlichen Probleme, wenn eine Förderung der Fachhochschule im Rahmen der Wirtschaftsförderung durch Zu-

schüsse der Kommunen z. B. für Investitionen oder Betriebskosten als Anschubfinanzierung gewährt wird.

Die rechtlichen Bedingungen des EU-Rechtes (Subventionsrecht usw.) sollten im Vorfeld abgeklärt werden. Die Bezuschussung von Personalkosten wird von der Bezirksregierung schon jetzt als bedenklich angesehen.

Um die Einhaltung der Förderungsbedingungen und damit verbundene Mitspracheregeln zu sichern, könnten die Kommunen z. B. ein Fördergremium mit Beteiligung der Mathias FH Rheine einrichten. Auch andere Lösungen über Beiratsstrukturen seien denkbar.

6. Ein weiterer Gesprächstermin wird nicht vereinbart.

Im Auftrag

gez.

Sabine Leufker